

Kommentare. Berichte. Analysen.

BDS.

www.bds-dgv.de

September 2016

Der Selbständige

Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen e.V.



Kolumne

VOM NEID DIKTIERTES MENSCHENBILD

Dr. Hugo Müller-Vogg:
Mit der Vermögenssteuer
die Reichen schröpfen
Seite 3



Regionales

DER BDS GEHT IN DIE LUFT

Gigantische Stimmung
beim Barbecue am
Adolf Würth Airport
Seite 16



ALTERNATIVE ZUR ALTERNATIVE

Auf den Markenkern konzentrieren – Sachsens CDU-Frontfrau
Veronika Bellmann: Mitgliederentscheide statt Jubelparteitage

BranchenLösungen leben.



Betriebliche Altersversorgung – individuelle Lösungen für Ihre Branche im Fokus.

Sind Sie Arbeitgeber?

Und wollen Ihren Arbeitnehmern eine betriebliche Altersversorgung anbieten, die sowohl die Belange Ihrer Branche berücksichtigt als auch attraktiv ausgestaltet ist? Dann entscheiden Sie sich für die Allianz. Gestalten Sie mit uns gemeinsam den perfekten Rahmen für die Vorsorge Ihrer Mitarbeiter.

Sind Sie Arbeitnehmer?

Und wollen eine attraktive Betriebsrente? Eines steht fest: Mit der Allianz an Ihrer Seite haben Sie einen starken Partner, der Sie beim Aufbau Ihrer individuellen Altersvorsorge gemeinsam mit Ihrem Arbeitgeber unterstützt.

Hoffentlich Allianz versichert.

Allianz 



Alle Vorteile unter: business.allianz.de

Mit der Vermögenssteuer die Reichen schröpfen

von Dr. Hugo Müller-Vogg

Der Neid ist die aufrichtigste Form der Anerkennung", wusste schon Wilhelm Busch. Da ist etwas dran. Wer es hierzulande zu etwas gebracht hat, darf sich höchster Anerkennung erfreuen – und zwar von Sozialdemokraten, Grünen und Linkspartei. Das untrügliche Indiz: Sie alle gönnen den „Reichen“ nicht, was sie haben, wollen ihnen durch eine Vermögenssteuer einen Teil davon wegnehmen. Während die Grünen sich derzeit beim Thema Vermögenssteuer still verhalten, macht bei der SPD deren stellvertretender Vorsitzender Thorsten Schäfer-Gümbel mobil.

Nicht zur reinen Freude von Parteichef Sigmar Gabriel. Denn der bleibt sich bei der Besteuerung großer Vermögen treu: Er ist mal dafür, mal dagegen.

Denen, die mehr haben, etwas wegzunehmen, trieb Sozialisten aller Schattierungen schon immer um. Weil sie Ungleichheit grundsätzlich mit Ungerechtigkeit gleichsetzen. Deshalb war es für sie ein schwerer Schlag, dass das Bundesverfassungsgericht 1997 die bis dahin geltende Vermögenssteuer für verfassungswidrig erklärte. Seitdem sinnen sie auf neue Wege, um die „Reichen und Superreichen“ kräftiger zur Kasse zu bitten. Das ist nicht einfach, weil die Bewertung von Immobilien, Kapitalvermögen oder Kunstwerken schwierig und obendrein sehr aufwendig ist. Zumal die Werte Jahr für Jahr neu ermittelt und festgesetzt werden müssten. Immerhin haben inzwischen die Sozialdemokraten eingesehen, dass die Besteuerung von in Unternehmen gebundenem Vermögen die Umverteilungs-Ideologen vielleicht glücklich macht, die Innovationskraft der mittelständi-

chen Familienunternehmen samt ihrer Arbeitsplätze aber gefährdet.

Unabhängig vom Nutzen und Schaden einer Vermögenssteuer stellt sich jedoch die Frage, warum Vermögen eigentlich besteuert werden soll.

Vorhandenes Vermögen kann nur aus zwei Quellen stammen: aus bereits versteuerten Einkommen und Gewinnen oder aus kriminellen Aktivitäten.

Vom Neid diktiert Menschenbild

Rechtlich einwandfrei erworbenes Vermögen ist also bereits versteuert, für die Beute von Kriminellen dagegen ist die Staatsanwaltschaft zuständig, nicht das Finanzamt. So besehen gibt es für eine Vermögenssteuer nur eine Begründung: dass der Fiskus nie genug kriegen kann.

Bei den Befürwortern einer Vermögensumverteilung via Steuer – weg von Privat, hin zum Staat – schwingt stets die Unterstellung mit, wer viel habe, müsse das irgendwie auf illegale Weise erworben haben.

Schäfer-Gümbel und seine hessische SPD haben deshalb zur Ausarbeitung ihres Vermögenssteuer-Konzepts hessische Steuerfahnder hinzugezogen. Das sagt viel über ihre Intention: Wenn du zu Reichen gehst, nimm gleich die

Fahnder mit. Man kann es auch anders ausdrücken: Wer mehr hat als andere, muss erst mal nachweisen, dass er kein Gauner ist. Ein interessantes, nein, ein abschreckendes, vom Neid diktiertes Menschenbild.

Nach den Vorstellungen Schäfer-Gümbels soll die jährlich zu entrichtende Vermögenssteuer ein Prozent betragen. Pro Person ist ein Freibetrag von zwei Millionen Euro vorgesehen. Mit steigendem Vermögen wird der Freibetrag aber abgeschmolzen: Bei mehr als 3,5 Millionen Euro läge er nur noch bei 500.000 Euro. Nun erscheint ein Prozent nicht viel. Aber es geht ja nicht um eine einmalige Vermögensabgabe, sondern um eine jährlich zu entrichtende Steuer. Innerhalb von 30 Jahren beansprucht der Staat also 30 Prozent aller Vermögen von mehr als zwei Millionen, innerhalb von 50 Jahren nimmt er sich die Hälfte. Dafür gibt es nur einen Begriff: Enteignung.

Das SPD-Konzept wendet sich an alle, die den „Reichen“ ihr Vermögen nicht gönnen, selbst aber von einer solchen Umverteilung nicht betroffen wären. Lediglich bis zu 400.000 Haushalte sollen betroffen sein, also nicht die Masse potentieller SPD-Wähler. Das Neidgefühl der eigenen Anhänger

wird also befriedigt, ohne dass sie in Gefahr geraten, Neidsteuer entrichten zu müssen. 400.000 Haushalte klingen nicht nach viel. Aber betroffen wären sehr viele Familienunternehmer und Arbeitgeber.

Rot-roter Neidsteuer-Kompromiss

Doch Vorsicht: Der SPD-Plan ist für den Wahlkampf gedacht. Nach der Wahl ist aber immer vor den Koalitionsverhandlungen. Denn solche wird es brauchen, wenn die Sozialdemokraten 2017 endlich Rot-Rot-Grün verwirklichen wollen. Eine absolute SPD-Mehrheit zeichnet sich jedenfalls nicht ab. Da kommt Die Linke ins Spiel. Die hatte schon bei der letzten Wahl eine Millionärssteuer propagiert: 5 Prozent auf alle Vermögen von einer Millionen und mehr. Da kann man sich schon ausrechnen, wie ein rot-roter Neidsteuer-Kompromiss aussähe: 2,5 Prozent auf Vermögen von 1,5 Millionen Euro und mehr. Und die Grünen? Die würden da kaum im Wege stehen. Vor der Bundestagswahl 2013 hatten sie eine Vermögensabgabe von 1,5 Prozent gefordert – auf die Dauer von zehn Jahren.

Noch ist bei der SPD parteiintern nichts entschieden. Aber die Tendenz bei den Sozialdemokraten ist eindeutig: Die „Reichen“ werden unter Generalverdacht gestellt, damit die Öffentlichkeit eine Vermögenssteuer als gerechte Strafe empfindet. Der Steuerwahlkampf 2017 ist noch nicht eröffnet – die Neiddebatte dagegen schon.

Erstveröffentlichung: „Tichys Einblick - die liberal-konservative Meinungsseite - www.rolandtichy.de

Dr. Hugo Müller-Vogg

Hugo Müller-Vogg war Mitherausgeber der FAZ, Bild-Kolumnist und ist heute gefragter Gesprächspartner der Nachrichtensender n-tv, N24 und Phoenix





von Veronika Bellmann MdB

Ordnungspolitische Sündenfälle

Die Volksparteien befinden sich seit geraumer Zeit in der Defensive. Sie haben nach dem Krieg über nunmehr drei Generationen Hervorragendes geleistet. Man wusste genau, dass aus der Zersplitterung der Parteienlandschaft in der Weimarer Republik Unheil erwachsen war und entwickelte deshalb innerhalb weniger Parteien ein breites Meinungsspektrum und eine große Integrationskraft. So konnten sich Menschen der verschiedensten gesellschaftlichen und sozialen Schichten mit den nicht vom Zeitgeist getriebenen sondern von festen Grundsätzen geprägten Programmen identifizieren. Aber seit geraumer Zeit scheinen manche Führungspersonen davon so erfolgsverwöhnt zu sein, dass sie glauben, auf Integration und Grundsätze verzichten zu können. So kam es zu einem schleichenden Erosionsprozess unseres derzeitigen Parteiensystems.

Öffnung nach links

Der begann in der CDU damit, dass sich die Volkspartei von ihren historisch programmatischen Traditionen verabschiedet hat. Noch zu schwarz-gelben Zeiten gab es Anfang 2010 eine „Berliner Erklärung“ der Bundes-CDU, in der sie sich demonstrativ nach links öffnete und konservative Positionen räumte.

Unionsanhänger sammelten aus Protest dagegen unter dem Motto „Aktion Linkstrend stoppen“ über

10.000 Unterschriften. Aus dieser Bewegung heraus gründete sich in der CDU der heutige „Berliner Kreis“, dem seinerzeit noch der heutige Bundesvize der AfD, Alexander Gauland, angehörte.

Der Linksdrift der Union blieb bis vor kurzem machtpolitisch folgenlos. Da keine ernstzunehmende politische Konkurrenz vorhanden war, wurde die CDU-Führung gegenüber dem konservativen Wählermilieu immer arroganter. Die Machterhaltungsstrategie der Bundeskanzlerin beruhte auf der Annahme, dass ein Abgang von Stammwählern durch den temporären Zuwachs neuer Wählerschichten und durch „asymmetrische Wählerdemobilisierung“ erzeugtes Wegbleiben der Unzufriedenen von der Wahlurne, mehr als nur ausgeglichen würde.

Präsidentialer Führungsstil

Der Bundesvorstand der CDU dachte nicht an Kurswechsel, blieb bei seinem vermeintlichen Modernisierungskurs und der Aufgabe der bürgerlich-konservativen Identität. Die Energiewende, Eurorettung, Asylpolitik und selbst jüngst die Kaufprämie für Elektroautos, allesamt ordnungspolitische Sündenfälle, sind in einem präsidentialen Führungsstil getroffene Grundsatzentscheidungen, die nicht nur im Wesentlichen unter Ausschluss des Parlamentes getroffen wurden, sondern bestehendes Recht aussetzen oder zumindest bis an die

äußersten Grenzen der Belastbarkeit dehnen. Soviel Anpassung an rot-grüne Positionen, deren Spitze der Koalitionsvertrag oder der Merkselsche Satz „Der Islam gehört zu Deutschland“ war, und so viel wonnige Umarmung, durch die der politische Gegner zunächst verblüfft und danach marginalisiert wird, kann die Macht nur für eine Weile erhalten. Sie steht aber auf tönernen Füßen. Weil auch der letzte wohlmeinende Konservative irgendwann einmal mitbekommt, dass das mit politischer Kontinuität und bürgerlichem Profil nicht mehr viel zu tun hat. Einer „Demokratatur“ will er nicht die Hand reichen, indem er Union wählt. Folglich haben die letzten Landtagswahlen gezeigt, dass die Merkselsche Rechnung nicht mehr aufgeht. Denn augenscheinlich verliert die Union in der Mitte und rechts ja mehr, als sie an linken Wechselwählern dazu bekommt. In Wirklichkeit gewinnt sie also keine neuen Wählerschichten, sondern verliert die alten.

Bündelung des Protestpotentials

Es war jahrzehntelang erklärtes Ziel der Union, alle politischen Anstrengungen zu unternehmen, damit sich rechts von ihr keine neue Partei etablieren kann. Stattdessen hat sie aber rechts der Mitte Platz gemacht. Nun füllt sich das Vakuum durch eine neue politische Kraft. Die AfD macht die inhaltlichen Defizite und Fehlentscheidungen erbarmungslos sichtbar, rollt das Feld in breiter

Präsidentialer Führungsstil

„Die Energiewende, Eurorettung, Asylpolitik und selbst jüngst die Kaufprämie für Elektroautos, allesamt ordnungspolitische Sündenfälle, sind in einem präsidentialen Führungsstil getroffene Grundsatzentscheidungen.“

Front auf. Sie nutzt einerseits das ratlose konservative Wählerpotential, das die Union hinterlassen hat, indem sie ihnen ein Grundsatzprogramm anbietet, in das sehr wesentliche Teile der Unionsprogramm aufgenommen wurden. Andererseits bündelt sie auch das Protestpotential der Wähler, die ohnehin gegen alles sind, was „von oben“ kommt.

Letztere werden wir wohl kaum wieder zurückgewinnen, selbst wenn sich die Bundesvorsitzende und ihre Unionsspitze tatsächlich dem vom „Berliner Kreis“ unter anderem immer wieder geforderten Kurswechsel unterziehen würden. Die bürgerlich-konservativen Wähler aber dürfen wir nicht verloren geben.

„Zurück in die Zukunft“

Dazu ist das Mittel der Dämonisierung der AfD völlig ungeeignet. Deren Wähler beziehen die auch auf sich und mit platter Ausgrenzung geht man immer baden, wie uns das Beispiel der FPÖ in Österreich deutlich zeigt. Also muss die CDU sich mit den Positionen der AfD effektiv auseinandersetzen und gegenüber deren Wählern ihre

nach wie vor gültigen Grundsätze christlich-demokratischer Programmatik in der Politik der Union wieder sichtbar machen. Denn nicht viele Wähler sind von der Mitte nach rechts gewandert, sondern die Union von der Mitte nach links! Ob und wie lange sich die AfD hält, ist insofern unerheblich für die Notwendigkeit des „Zurück in die Zukunft“, hin zu einer Union, die sich sowohl auf ihre christlich-soziale als auch ihre freiheitlich-bürgerlich-konservative Identität besinnt und insofern als Volkspartei wieder ein umfassendes Spektrum politischer Meinungen abbildet. Die konservative Wurzel der Union ist schon ziemlich ausgedörrt, die christliche darf nicht sterben, auch wenn Generalsekretär Tauber die Union zunehmend für Muslime öffnet.

Wir müssen unsere Wähler auf der Grundlage einer erkennbaren christlichen Orientierung mit modernen Botschaften zur deutschen Leitkultur, zur Bedeutung von Verantwortung und Freiheit, zur sozialen Marktwirtschaft, zur inneren Sicherheit, zur Familie, zum Lebensschutz und zum Patriotismus ansprechen. Dass eine solche

Kursänderung insbesondere einer Bundesvorsitzenden Angela Merkel schwerfallen dürfte, wurde mir erst neulich wieder klar.

Bürgerliche Identität

„Die CDU muss sich mit den Positionen der AfD effektiv auseinandersetzen und gegenüber deren Wählern ihre nach wie vor gültigen Grundsätze christlich-demokratischer Programmatik in der Politik der Union wieder sichtbar machen.“

Halbwertszeit der eigenen Aussagen

Ich fragte die Kanzlerin im Zusammenhang mit der Integration von Migranten nach der Umsetzung des Parteitagsbeschlusses und ihren eigenen befürwortenden Aussagen noch vom März diesen Jahres, wie es denn jetzt stehe mit der Aufnahme von „Deutsch ins Grundgesetz“. Sie wiegelte ab mit dem Verweis auf die vielen Anglizismen im deutschen Sprachgebrauch und dass man ja nun nicht dauernd das Grundgesetz wegen „Irgendwas“ aufmachen könne und Begehrlichkeiten wecken solle. Da kann man schon mal Schnappatmung kriegen. Erstens wegen der Halbwertszeit der eigenen Aussagen und eines Parteitagsbeschlusses und zweitens bezüglich der Definition der deutschen Sprache als „Irgendwas“. Verfassungspatriotismus darf man von ihr als Staatschefin offenbar nicht verlangen. Sehr bezeichnend, allerdings nicht für Konservative und – ich denke – auch nicht für die Mehrheit der Bürger unseres Landes. ■

eset[®] WARUM ESET?

Nicht nur das K6 Medien Team setzt auf ESET-Software, sondern weltweit mehr als 100 Millionen zufriedene Kunden. Seit über 27 Jahren sorgt die Technologie von ESET für eine sichere digitale Welt. Die Technologie von ESET ist mit 58 Auszeichnungen Rekordhalter bei den begehrten VB100 awards.

Darüber hinaus bieten die ESET-Spezialisten kostenlosen Support.

Dies alles für alle gängigen Systeme wie Windows, MAC OS X, Linux oder Android. Als Einzelversion oder als Paket mit bis zu 5 Plätzen und bei Bedarf sogar darüber hinaus.

- ✓ Antivirus/Antispyware
- ✓ Optimierte für virtuelle Umgebungen
- ✓ Anti-Phishing
- ✓ Web-Kontrolle
- ✓ Zwei-Wege-Firewall
- ✓ Botnet-Erkennung
- ✓ Anti-Spam
- ✓ Zentrale Verwaltung

Fragen Sie nach einem auf Sie speziell zugeschnittenen Sicherheitspaket! Gerne beraten wir Sie - Ihr K6 Medien Team!

Exklusiv
für BDS Mitglieder
10%
Vergünstigung auf
ESET-Software

K6 MEDIEN
MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!

(0231) 33874133
(0231) 33896183
info@k6-medien.de

Grafik | Print | Softwarelösungen | Web | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de



von Staatssekretär a.D. Friedhelm Ost

Brexit: Im gefährlichen Taumel

Im vergangenen Jahr haben Firmen aus Deutschland Waren im Wert von über 89 Milliarden Euro in das Vereinigte Königreich exportiert. Im Gegenzug beliefen sich die Importe von dort nach Deutschland gerade mal auf etwas mehr als 38 Milliarden Euro. Dieser Trend hat sich in den ersten Monaten dieses Jahres fortgesetzt: Im 1. Quartal 2016 wurden deutsche Güter für rund 23 Milliarden Euro nach Großbritannien geliefert und Waren für nicht einmal 9 Milliarden Euro aus dem Vereinigten Königreich importiert. Die deutschen Handelsbilanzüberschüsse gegenüber Great Britain fielen in den letzten Jahren entsprechend hoch aus: Sie stiegen von fast 32 Milliarden Euro in 2013 auf über 40 Milliarden Euro in 2014 und auf mehr als 51 Milliarden Euro in 2015.

Wenig ökonomische Folgen

Nach Frankreich und den Niederlanden ist Großbritannien zwar der drittgrößte Handelspartner Deutschlands in der EU. Allerdings machen die Ausfuhren nach GB an den gesamten deutschen Exporten in die EU gerade einmal rund 12 Prozent aus; bei den deutschen Einfuhren aus allen EU-Ländern liegt der entsprechende GB-Anteil gerade einmal bei 7 Prozent.

Nach dem ersten Schock über den Ausgang des Brexit-Referendums am 23. Juni hat sich die ökonomische Szenerie hierzulande zunächst einmal wieder weitgehend beruhigt. Einige Experten – auch in der Europäischen Zentralbank – schätzen etwa den negativen Einfluss

auf das Wirtschaftswachstum in der Euro-Zone in den nächsten 3 Jahren auf 0,3 bis 0,5 Prozentpunkte. Doch liegen solche Prognosen wahrlich mehr oder weniger im britischen Nebel. Es sind vor allem die Unternehmen im Vereinigten Königreich, die sich um die weitere wirtschaftliche Entwicklung sorgen. Noch weiß nämlich niemand, wie sich Großbritanniens Ausstieg aus der EU gestalten und welche Auswirkungen der Brexit auf Wachstum, Investitionen und Arbeitsplätze haben wird.

Politisches Wirrwarr in London

Jedenfalls fürchten nicht wenige Briten Ungemach. Nicht einmal bei den stärksten Einpeitschern für den Brexit stellte sich ein Freudentaumel ein, obwohl viele doch mit falschen Daten und Zahlen, ja vereinzelt sogar mit glatten Lügen vor dem Referendum für den Austritt getrommelt hatten. Sowohl bei den Tories, die innerparteiliche Probleme mit dieser Abstimmung zu lösen versuchten, als auch bei Labour herrscht inzwischen Katerstimmung. Denn sie spüren die konkrete Gefahr, dass aus Großbritannien bald schon Kleinbritannien werden könnte. Schottland lässt grüßen und prüfen, wie man den geeigneten Weg zur Separation finden kann, um weiterhin die Vorteile der EU-Partnerschaft sichern zu können.

Out ist out ohne Privilegien

Die Staats- und Regierungschefs der anderen 27 EU-Länder haben inzwischen deutliche Signale nach London ausgesandt: Bei den anstehenden Austrittsverhandlungen kann Großbritan-

nien nicht eine Rosinenpickerei betreiben. Es wird keine Privilegien und einen deutlichen Unterschied geben, ob ein Land in oder out der EU ist. Die 4 Grundfreiheiten der EU sind unteilbar – die Freizügigkeit beim Handel, bei den Dienstleistungen, im Kapitalverkehr und bei der freien Mobilität von Arbeitnehmern gehören zusammen. Egoistische Interessen eines einzelnen Landes dürfen nicht die Prinzipien der europäischen Gemeinschaft infrage stellen.

Attentismus der Investoren

Schon überprüfen viele Unternehmen ihre Strategie mit Blick auf den zukünftigen Status Großbritanniens. Dieser Standort wird gewiss für alle Firmen, die auf den freien Handel mit den anderen 27 EU-Staaten setzen, die ohne Zölle und nicht-tarifäre Restriktionen exportieren wollen, nicht optimal sein. Bis zum Abschluss der Austrittsverhandlungen muss das Brexit-Land mit einem beachtlichen Attentismus von Investoren rechnen und gar eine Verlagerung von manchen Unternehmen von der britischen Insel auf das kontinentale europäische Festland rechnen, denn die EU minus Großbritannien ist mit rund 450 Millionen Einwohnern nach wie vor einer der stärksten und kaufkräftigsten Binnenmärkte der Welt. Im Übrigen legen die anderen 27 EU-Staaten die Bedingungen für das weitere Miteinander fest. Großbritannien sollte sich da nichts vormachen, dass es dabei auf besonderes Entgegenkommen und Wohlwollen stoßen wird.

Steuerparadies Großbritannien?

Wie groß die Not in London offenbar bereits ist, das spiegelt sich nicht nur in dem Wirrwarr der Regierung und der Opposition wider. Der britische Finanzminister George Osborne kündigte nun sogar eine Senkung der Unternehmensteuern an, um so Firmen nach dem Brexit-Votum zu einem Verbleib im Vereinigten Königreich zu bewegen. Die Körperschaftsteuer, also die fiskalische Belastung der Unternehmensgewinne, will er von derzeit 20 auf 15 Prozent senken. Damit würde Großbritannien als „neues Steuerparadies“ die inzwischen eingeleitete EU-Politik konterkarieren; entsprechende Gegenmaßnahmen der anderen EU-Staaten sollten wohl bald folgen. Ohnehin werden solche Steuertricks kaum verfangen, denn die allein auf der britischen Insel zu erzielenden Gewinne werden wohl wesentlich geringer ausfallen als bisher im großen gemeinsamen Binnenmarkt. Schließlich sollen in Zukunft die Erträge von Unternehmen in den Ländern versteuert werden, in denen sie anfallen und die Wertschöpfung stattfindet. Großbritannien wird also nicht viel Erfolg haben, wenn es zum zweiten Panama werden will. Der Wert des britischen Pfundes ist bereits deutlich gesunken, das Vertrauen in die Politik tief erschüttert und nun könnte der Finanzminister Osborne sein Land auf das Niveau einer Bananenrepublik bringen. Der Ukip-Führer Nigel Farage ist endlich im Orkus verschwunden; er hinterlässt nur Trümmer und Scherben.

Doch bleibt die Hoffnung: God save the queen! ■

Anzeige

FÖRDERUNGSGESELLSCHAFT des BDS-DGV mbH

Ihr kompetenter Partner im Beratungsprogramm
„Förderung unternehmerischen Know-hows“

Ausführliche Informationen im Internet unter www.foerder-bds.de oder
telefonisch unter **0228/210033**

Förderungsgesellschaft des BDS-DGV mbH für die gewerbliche Wirtschaft und Freie Berufe ■ GF Rainer Huse
August-Bier-Str. 18, 53129 Bonn ■ Telefon 0228/210033-34 ■ Telefax 0228/211824
E-Mail: foerder-bds.de ■ Internet: www.foerder-bds.de
Amtsgericht Bonn: 19 HRB 3620 ■ Steuer-Nummer: 205/5717/0011
Bankverbindung: Volksbank Bonn Rhein-Sieg eG ■ IBAN: DE06 3806 0186 2008 4430 10 ■ BIC: GENODED 1BRS

IMPRESSUM

Der Selbständige

ISSN 0946-3224
Offizielles Organ des Bundesverbandes der
Selbständigen/Deutscher Gewerbeverband
Hrsg: Bundesverband der Selbständigen –
Reinhardtstrasse 35, 10117 Berlin
Telefon (030) 280491-0/Fax -11
Redaktion: Joachim Schäfer (verantwortlich),
Thomas Brüggemann, Anita Schäfer
Fotos: BDS/Archiv

Layout & © Titel: Joachim Schäfer
Erscheinungsweise: 10 x jährlich
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Berlin

Bezugsbedingungen:
Die Zustellung des E-Papers ist durch den Mit-
gliedsbeitrag zum BDS abgegolten. Bei Nicht-
erscheinen des E-Papers infolge höherer Gewalt
bestehen keine Ersatzansprüche.
© by: Bundesverband der Selbständigen

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte,
Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir
keine Gewähr. Die Urheberrechte an Annon-
cen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos
und Vorlagen sowie der gesamten grafischen
Gestaltung bleiben Bundesverband der
Selbständigen und dürfen nur mit ausdrück-
licher, schriftlicher Genehmigung weiterver-
wendet werden.
Briefe und Manuskripte an:

Bundesverband der Selbständigen –
Reinhardtstrasse 35, 10117 Berlin
Telefon (030) 280491-0/Fax -11
Internet: www.bds-dgv.de
E-Mail: info@bds-nrw.de

Hinweis: In allen Fällen, in denen die neue
Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zu-
lässt, wird die von der Dudenredaktion emp-
fohlene Schreibung angewandt.

Die Alternative zur Alternative

**Auf den Markenkern konzentrieren – Sachsens CDU-Frontfrau
Veronika Bellmann: Mitgliederentscheide statt Jubelparteitage**



Veronika Bellmann

wurde 1994 erstmals in den Sächsischen Landtag gewählt, dessen Mitglied sie bis zum Jahr 2002 war. Mit der Bundestagswahl 2002 wechselte sie (mit einem Direktmandat versehen) in den Deutschen Bundestag. Inzwischen weitere drei Mal mit überragenden Ergebnissen wiedergewählt, ist Veronika Bellmann derzeit Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, im Abgaskandal-Untersuchungsausschuss sowie stellvertretendes Mitglied im Verteidigungsausschuss.

Der Selbständige: Aus dem Bundesvorstand war zu hören, dass die Kritiken in der Union und die Differenzen mit Seehofers CSU zu den schlechten Wahlergebnissen bei den letzten Landtagswahlen beigetragen hätten. Ist das so?

Veronika Bellmann: Ich höre das ganz anders. Mir sagen ganz viele, dass sie ungern die AfD wählen wollen, lieber die CSU, wenn es sie denn bundespolitisch gäbe. Und die CDU wählen sie nur noch, weil es die kritischen Stimmen in der Union überhaupt gibt und sie darin eine Hoffnung sehen, dass sich die Partei wieder auf ihren Markenkern konzentriert. Selbst wenn es der Bundesvorstand nie offen eingestehen würde, sich davon in die linke Richtung fortbewegt zu haben, und die Bundesvorsitzende den Fehler der unkontrollierten Grenzöffnung nie zugeben würde, im Hinblick auf kommende Wahlen deutet sich ein Umdenken an. So sollen die klassischen Themen, wie Steuerenkungen, Stärkung von Familie, Stärkung innerer Sicherheit, Polizei und Geheimdiensten wieder zu den Schwerpunkten des Wahlprogramms werden. Selbst bundesweite Volksentscheide sind kein Tabu mehr. Auf Parteebene wären Mitgliederentscheide statt Jubelparteitage dafür eine gute Übung. Ohne uns Kritiker hätte es diese Einsichten und dieses Umdenken nicht gegeben.

Der Selbständige: Die Koalitionsmuster sind durch die Schwäche der FDP und das Aufkommen der AfD von der Regel zur Ausnahme geworden. Und auch die alte Faustregel „eine große Koalition geht immer“ gilt nicht mehr nach Stuttgart und Magdeburg. Wäre es da nicht das Beste, die Parteien versuchten

das Naheliegendste: Die Tolerierung der von der jeweils stärksten Partei gestellten Minderheitsregierung? Diese könnte sich dann – je nach Fall – im Parlament um eine solide Mehrheit bemühen.

Veronika Bellmann: Zumindest wäre es nachvollziehbar, wenn nach Wahlen immer nur die stärkste Partei das Recht hätte, die Regierung zu bilden. Aber Minderheitsregierungen sind eine mühselige und ziemlich instabile Angelegenheit und sie halten selten eine ganze Legislaturperiode. Deshalb sind Ampeln-, Kenia- oder Jamaica-Koalitionen immer noch die bevorzugte Variante, wenn es keine überzeugenden Mehrheiten gibt. Da muss der Konsens vorher gesucht und im Koalitionsvertrag die großen Linien festgeklopft werden. Einerseits ist zwar dann, wie bei einer GroKo, die Verantwortung auf breite Schultern gelegt. Andererseits leidet aber das Funktionieren der Demokratie unter einer kleinen oder schwachen Opposition, die sich dann mehr durch Populismus als durch Sacharbeit in Szene setzt. Was die AfD betrifft, so hat sie selbst gesagt, sie wolle in der Opposition zeigen, dass sie Realpolitik kann und nicht nur auf wenige Themen fokussiert ist. Man wird sehen, ob sie dafür genügend innerparteiliche Stabilität, programmatische Verlässlichkeit und Fleiß mitbringt. Es ist ja alles im linken Spektrum schon mal da gewesen. Geschichte wiederholt sich nicht, aber es gibt manchmal erstaunliche Parallelen. Solange Grüne und PDS/Linke als Schmutzkinder galten, mit denen man nicht koalieren konnte, stärkten sie indirekt die Union. Jetzt bewirkt die AfD das Gegenteil von dem, was sie eigentlich will – sie eröffnet neue Optionen für Rote, Grüne, Liberale



in Ampel- oder Kenia-Koalitionen. Ob das den politisch mitdenkenden AfD-Wählern klar ist? Vermutlich nicht, denn über die Hälfte sind ja, wie gesagt, Protestwähler, denen es egal ist, was sie mit ihrer Stimme bewirken, solange es gegen „die da oben“ geht. Manchmal sind Alternativen eben keine wirklichen Alternativen, auch wenn sie so heißen.

Der Selbständige: Nun sagen fast alle Umfragen, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung mit der Merkelschen Flüchtlingspolitik nicht einverstanden ist. Sehen Sie nicht in der Flüchtlingspolitik den Grund für die für die CDU desaströsen Umfrage- und Wahlergebnisse?

Veronika Bellmann: Die Flüchtlingspolitik ist die Spitze des Eisberges. Bis dahin haben insbesondere die Energiewende, die Griechenlandentscheidungen und die Eurostaatsschuldenkrise die Emotionen immer ein paar Grad höher kochen lassen. Weil sie dem gesellschaftlichen Konsens und der Existenz jedes Einzelnen immer ein Stück näher zu Leibe rückten. Weil jeder merkt, dass sich dieses Land durch den durch Merkels Großherzigkeit eröffneten unkontrollierten Zuzug gewaltig verändern wird. Die wenigsten aber wollen das. Am wenigsten die Ostdeutschen. Bei ihnen hatte sich nach der Wende



„Die Willkommenskultur wurde zur Glaubensfrage erhoben, Kritik oder auch nur Bedenken an den deutschen Sonderwegen geradezu verteuft. Da hat sich eine betriebsblinde Bunkermentalität in den Funktionsriegen breit gemacht, die durch Medien und die alt-neuen linken Jünger bestimmt, was politisch korrekt zu sein hat.“

nicht nur die Postleitzahl, sondern das ganze Leben geändert. Jetzt haben sie im bundesdeutschen System endlich einen Platz gefunden und nun spüren sie, dass dieses Land durch die Einwanderung und Integration schon wieder umgекреmpelt wird. Die Menschen sagen mir, dass ihnen die Signale der Ordnung fehlen, wie strengere Grenzkontrollen, mehr Polizeipräsenz, eine durchschlagskräftigere, schnelle und gerechte Justiz, eine Integrationsobergrenze und die Durchsetzung der deutschen Leitkultur bei denen, die hier bleiben. Im Übrigen soll die Verantwortung für das Gemeinwohl in unserem Staat nicht auf der Strecke bleiben, der staatliche Kontrollverlust beendet werden, damit sie sich im eigenen Land nicht fremd fühlen. Dass wir im Nachhinein in einer für den deutschen Gesetzgeber einzigartigen Geschwindigkeit die Asylgesetzgebung inklusive eines Integrationsgesetzes und infolge der Kölner Silvesternachtereignisse das Sexualstrafrecht enorm verschärft haben, stößt aber in der Bürgerschaft kaum mehr auf offene Ohren. Die für die meisten gefühlte und für einige selbst erfahrene Unsicherheit hat sich tief eingebrannt. Ob sich die offene Wunde bis zu den nächsten Wahlen schon geschlossen hat? Ich hoffe das, aber ich weiß auch, dass es hier ist wie in der Medizin. Eine Narbe ist immer noch nicht gleichzusetzen mit funktionstüchtigem

Gewebe. Denn es schmilzt die Eisbergkuppe, weil das politische Klima hitziger geworden ist. Aus Unzufriedenen wurden erst Entfremdete und dann Empörte über die brüchige Rechtsstaatlichkeit, die fremdbestimmte Einwanderungspolitik, die Angst vor der Auflösung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Verunsicherung hat sich breit gemacht. Die Sorge um Identitätsverlust und Überfremdung des Landes hat viele Bürger erfasst, auch wenn sie denjenigen Flüchtlingen gegenüber gastfreundlich sind, die unsere Rechts- und Werteordnung akzeptieren. Die Bürger sehen den gesellschaftlichen Frieden und die innere Sicherheit in Gefahr, das Land gespalten, die Politik zerstritten und die Bundesrepublik mit ihrer Übermoral in Europa isoliert. Angela Merkels Flüchtlingspolitik trägt aber immer noch quasireligiöse Züge. So wurde die Willkommenskultur zur Glaubensfrage erhoben, Kritik oder auch nur Bedenken an den deutschen Sonderwegen geradezu verteuft. Da hat sich eine betriebsblinde Bunkermentalität in den Funktionsriegen breit gemacht, die durch Medien und die alt-neuen linken Jünger bestimmt, was politisch korrekt zu sein hat. Die Bürger merken das sehr wohl, sprechen nicht umsonst vom „Raumschiff Berlin“. Wo ist der offene Diskurs, wo die Debattenkultur geblieben, die auf Meinungsvielfalt setzt, sie ernst nimmt und Unter-



schiede nicht einfach nur zukleistert? Aber ich bin mir sicher, dass Agieren oder Sich-Treiben-Lassen wider jede politische Vernunft sich rächen wird. Die Halleluja- und die Kreuzigen-Rufe liegen selten weit auseinander.

Der Selbständige: Die Freiburger Denkfabrik SAT hat abgeschätzt, wie viele Flüchtlinge 2016 nach Deutschland kommen könnten. SAT kommt zu einem bestürzenden Ergebnis: Verschlechtere sich in afrikanischen Staaten die Lage dramatisch, könne dies eine neue zusätzliche Bewegung in Richtung Europa auslösen. 6,4 Millionen Menschen würden dann versuchen, den Weg nach Deutschland zu finden. Für wie realistisch halten Sie dieses Szenario?

Veronika Bellmann: Das ist leider ein realistisches, wenn auch nicht kurzfristig eintretendes Szenario. Deshalb haben wir absolut keine Zeit, um theoretische Fluchtursachenbekämpfung zu betreiben oder an der Neustrukturierung der Entwicklungshilfe herum zu laviieren. Entwicklungsminister Müller drückt da zu Recht auf die Tube und wie ich finde, auch mit den richtigen Maßnahmen – aber immer noch zu wenig Mitteln. Die Regionen müssen stabilisiert, Ausbildungs- und Arbeitsplätze geschaffen werden, auch neue Städte gebaut, die Lager ordentlich versorgt,

„Selbst der euphorischste Unternehmer und die willkommenskulturfreudigste Kommune haben längst verstanden, dass die Probleme des Fachkräftemangels und die demografische Entwicklung allein durch Zuwanderung nicht zu lösen sind.“



die Handelsstrukturen mit den Afrikanern überprüft werden.

Minister Müller hat gesagt, dass Bildung, Arbeitsplatz, Unterkunft für einen Flüchtling in den Herkunftsländern 350 Euro im Jahr, in Deutschland aber 3500 Euro im Monat kosten würde. Da wird uns ja noch etwas einfallen, wie wir die Hilfe vor Ort effektiv organisieren, zumal sie für alle nicht nur monetär günstiger ist. Die jungen Leute bleiben in ihren Kulturkreisen und dem Aufbau ihrer Länder erhalten, wir leisten unseren humanitären Solidaritäts- und Integrationsbeitrag, überfordern aber unsere Gesellschaft nicht. Im Übrigen hätte nur ein Teil der sechs Milliarden Euro für den Sultan vom Bosphorus, Herrn Erdogan gereicht, um die Erpressung Europas durch die Steuerung der Flüchtlingsströme auch noch ausreichend zu vergüten. Eingesetzt in den Flüchtlingslagern des Nahen Ostens und Nordafrikas sowie für die Entwicklungshilfe und Fluchtursachenbekämpfung in den Ländern Afrikas wäre das besser angelegtes Geld. Damit die Afrikaner sich aber gar nicht erst in Bewegung setzen, muss das Signal nicht nur von Europa sondern auch von Deutschland ausgehen, dass die Grenzen nur für wenige politisch Verfolgte durchlässig sind und deren Asylgrund an der EU-Außengrenze festgestellt wird. Wir wissen ja inzwischen, dass unsere faktische Integrationsobergrenze

tatsächlich bei der Seehoferschen 200.000er Marke liegt und dass bei unseren Standards ein weiterer Zustrom von Migranten die Sozialsysteme zerbersten lassen würde. Selbst der euphorischste Unternehmer und die willkommenskulturfreudigste Kommune haben längst verstanden, dass die Probleme des Fachkräftemangels und die demografische Entwicklung allein durch Zuwanderung nicht zu lösen sind. Sie sind zwar ein Konjunkturprogramm für Sozialarbeiter, Bildungsträger, Dolmetscher und das Sicherheitsgewerbe allerdings zu Lasten des Steuerzahlers, dessen Erfolge allenfalls mittelfristig, die Misserfolge jedoch kurzfristig zutage treten werden.

Der Selbständige: Und wie sieht es mit den anderen Flüchtlingsrouten aus? Hat Frau Merkel tatsächlich schon ein Ziel erreicht, die Flüchtlingsströme einzudämmen?

Veronika Bellmann: Sich einerseits mit stark zurückgehenden Flüchtlingszahlen zu rühmen, aber andererseits Länder entlang der Balkanroute wegen der Grenzschließung zu kritisieren, ist meines Erachtens entweder zynisch oder ein Ausdruck höchster Unsicherheit. Schließlich verhalten sich die Osteuropäer EU-bezogen gesetzesbeziehungsweise vertragstreu und wollen Chaos und Überforderung im eigenen Lande vermeiden. Es



ist die originäre Aufgabe der EU-Mitglieder, für einen wirksamen Schutz der EU-Außengrenzen zu sorgen. Dass diese Länder die nationale Reißleine gezogen haben oder dabei sind, sie zu ziehen, ist absolut nachvollziehbar. Weil sie nicht wie früher von Anfang an in die europäischen Entscheidungsprozesse einbezogen wurden, sehen sie auch gar nicht ein, warum sie jetzt europäische Solidarität üben sollen. Dass die osteuropäischen Länder sich nicht zu ihren wirtschaftlichen und sonstigen politischen Problemen auch noch religiöse oder ethnische Konflikte ins Land holen wollen, kann ich einerseits gut verstehen. Andererseits geht es zumindest bei den Kriegsflüchtlingen größtenteils um eine zeitweilige Schutzmaßnahme. Da wäre die Aufnahme eines gedeckelten Flüchtlingskontingents im Sinne eines Mindestmaßes an europäischer Solidarität und der Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention schon geboten. Inzwischen lassen sich die Schlepper immer neue Wege einfallen, um den Leuten ihr letztes Geld aus der Tasche zu ziehen. Nach der geschlossenen Balkanroute versuchen sie nun Flüchtlinge über die östliche Mittelmeerroute oder über Spanien, Tunesien, Libyen oder Ägypten nach Italien zu bringen. In Libyen sollen über 100.000 Menschen auf ihre Weiterfahrt warten. Aber das Mittelmeer ist

nicht der einzige Weg, um nach Europa zu kommen. Zunehmend kommt die östliche Landroute wieder ins Spiel, mit den Zielen Deutschland, Frankreich, Skandinavien, neuerdings verstärkt über Bulgarien, aber auch über Russland, die Ukraine und Polen. Deshalb errichten jetzt auch die Letten wieder Grenzzäune.

Der Selbständige: Nach den Terroranschlägen von Brüssel hat die polnische Regierung angekündigt, keine weiteren Migranten ins Land zu lassen. Damit widerrief die polnische Regierungschefin eine Zusage der liberalen Vorgängerregierung. Es bleibt zu befürchten, dass sich andere Länder der polnischen Haltung anschließen und somit Deutschland die Hauptbeziehungsweise die alleinige Last zu tragen hat. Ist das zu pessimistisch gedacht? Oder womit rechnen Sie?

Veronika Bellmann: Man kann schon sagen, dass der Asylalleingang der Bundeskanzlerin, der dem Dublin-System einen Todesstoß versetzt hat, schon eigenartige Kettenreaktionen auslöst. Dazu gehört auch die von der EU-Kommission vorgeschlagene Reform des Asylsystems. Wiederum geht es um Zwangsverteilung illegaler Einwanderer auf alle Mitgliedsstaaten, dieses Mal aber gekoppelt mit einem hochdotierten Sanktionsmechanismus. Wer nicht mitmacht, zahlt

„Notwendig ist ein weithin hörbares Signal dahingehend, dass auch die Kräfte Deutschlands bei der Aufnahme von Flüchtlingen begrenzt sind.“

Mit Veronika Bellmann sprach Joachim Schäfer

pro nicht aufgenommenen Flüchtling eine Viertelmillion Strafe. Falls diese Reform überhaupt beschlossen wird, bleibt abzuwarten, ob sich außer Polen noch weitere souveränitätsbewusste Osteuropäer der Visegrád-Gruppe der Umsetzung entgegenstellen. Wieso sollten sie auch für nicht aufgenommene Flüchtlinge Strafe zahlen, wenn die ohnehin alle nach Deutschland wollen. In ihren Augen ist und bleibt die Flüchtlingskrise ein Problem, das Deutschland zu lösen hat. In Deutschland erlaubt unser Grundgesetz keine Quotierung und auch keine generelle Ausgrenzung aufgrund einer bestimmten Religionszugehörigkeit, wohl aber die Möglichkeit der Gefahrenabwehr im Sinne von Überforderung. Hier scheiden sich die politischen Geister in der Bewertung, wann Deutschland überfordert ist. Der bayerische Ministerpräsident sieht diese Grenze bei 200.000 Migranten pro Jahr. Die Bundeskanzlerin will von einer Obergrenze nichts wissen, so wie sie ohnehin nichts von nationalen Lösungen hält. Notwendig ist deshalb ein weithin hörbares Signal dahingehend, dass auch die Kräfte Deutschlands bei der Aufnahme von Flüchtlingen begrenzt sind. Sie betrifft weniger Unterkunft, Versorgung als die Integration in den Arbeitsmarkt, die Bildungs- und Sozialsysteme, eben die Gesellschaft insgesamt. ■

Förderung unternehmerischen Know-hows

Zum Jahresbeginn ist die neue Beratungsförderung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) für kleine und mittlere Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und Angehörige der freien Berufe in Kraft getreten. Das Programm mit dem Namen „Förderung unternehmerischen Know-hows“ richtet sich an bereits gegründete Unternehmen und wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des BMWi finanziert. Beratungen in der Vorgründungsphase werden durch Länderprogramme bezuschusst.

Wer wird gefördert?

Das Programm richtet sich an

- junge Unternehmen, die nicht länger als zwei Jahre am Markt tätig sind (**Jungunternehmen**)

- Unternehmen ab dem dritten Jahr nach Gründung (**Bestandsunternehmen**)

- **Unternehmen in Schwierigkeiten**

Die Unternehmen müssen die EU-KMU Kriterien erfüllen und ihren Sitz in der Bundesrepublik Deutschland haben. Für Unternehmen in Schwierigkeiten sind zusätzlich die EU-Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung (2014/249/01) zu beachten (mehr als die Hälfte des Kapitals muss durch Verluste aufgezehrt sein).

Nicht antragsberechtigt sind

- Unternehmen sowie Angehörige der Freien Berufe, die in der Unternehmens-, Wirtschaftsberatung, Wirtschafts- oder Buchprüfung bzw. als Rechtsanwalt, Notar, Insolvenzverwalter oder in ähnlicher Weise beratend oder schulend tätig sind oder werden wollen,
- Unternehmen, über deren Vermögen ein Insolvenzverfahren eröffnet wurde oder bei denen die Voraussetzungen zur Eröffnung eines solchen Verfahrens erfüllt sind,
- Unternehmen der landwirtschaftlichen Primärerzeugung, der Fischerei und Aquakultur
- Unternehmen, die in einem Beteiligungsverhältnis zu Religionsgemeinschaften, juristischen Personen des öffentlichen Rechts oder zu deren Eigenbetrieben stehen,
- Gemeinnützige Unternehmen, gemeinnützige Vereine und Stiftungen.

Was wird gefördert?

Jung- und Bestandsunternehmen können sich zu allen wirtschaftlichen, finanziellen,

personellen und organisatorischen Fragen der Unternehmensführung beraten lassen (**Allgemeine Beratungen**). Zudem sind zur Behebung struktureller Ungleichheiten weitere Themen im Rahmen von **Speziellen Beratungen** förderfähig. Dazu gehören z.B. Beratung von Frauen, von Migrantinnen/Migranten, von Unternehmern/innen mit anerkannter Behinderung, zur Fachkräftesicherung/-gewinnung, zur Nachhaltigkeit und zum Umweltschutz.

Zur Wiederherstellung ihrer wirtschaftlichen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit können **Unternehmen in Schwierigkeiten** eine Förderung beantragen (**Unternehmenssicherungsberatung**).

Zur Vertiefung der Maßnahmen aus der Unternehmenssicherungsberatung kann zusätzlich eine **Folgeberatung** in Anspruch genommen werden.

Beratungen bei Bestandsunternehmen dürfen pro Beratungsschwerpunkt nicht länger als fünf Tage dauern. Die Beratungstage müssen nicht aufeinanderfolgen. Bei Jungunternehmen und Unternehmen in Schwierigkeiten gibt es diese Begrenzung nicht.

Nicht gefördert werden Beratungen,

- die ganz oder teilweise mit anderen öffentlichen Zuschüssen gefördert werden
- die Vermittlungstätigkeiten beinhalten und/oder deren Zweck auf den Erwerb von bestimmten Waren oder Dienstleistungen gerichtet ist, die von den Beratern/innen selbst vertrieben werden
- die überwiegend Rechts- und Versicherungsfragen sowie steuerberatende Tätigkeiten zum Inhalt haben
- die den Verkauf/Vertrieb von Gütern oder Dienstleistungen (z.B. IgeL) sowie sonstige Umsatz steigernde Maßnahmen einschließlich des entsprechenden Marketings von Ärzten/innen, Zahnärzten/innen, Psychotherapeuten/innen, Heilpraktiker/innen und deren Mitarbeiter/innen zum Inhalt haben
- die ethisch-moralisch nicht vertretbare oder gegen Recht und Ordnung verstoßende Inhalte zum Gegenstand haben.

Zuschusshöhe

Die Höhe des Beratungskostenzuschusses ist abhängig von den maximal förderfähigen

Beratungskosten (**Bemessungsgrundlage**) und dem Standort des Unternehmens (**Fördersätze: 80 % neue Bundesländer ohne Berlin und Region Leipzig, 60 % Region Lüneburg, sonst 50 %, 90 % für Unternehmen in Schwierigkeiten**)

- bei Jungunternehmen beträgt die Bemessungsgrundlage 4000 Euro, der Fördersatz 50 % bis 80 % und der max. Zuschuss 2000 Euro bis 3200 Euro
- bei Bestandsunternehmen beträgt die Bemessungsgrundlage 3000 Euro, der Fördersatz 50 % bis 80 % und der max. Zuschuss 1500 Euro bis 2400 Euro
- bei Unternehmen in Schwierigkeiten beträgt die Bemessungsgrundlage 3000 Euro, der Fördersatz 90 % und der max. Zuschuss 2700 Euro

Wer darf beraten?

Rechtlich selbstständige Berater/innen bzw. Beratungsunternehmen, die mehr als 50 % ihres Umsatzes mit der entgeltlichen Beratungstätigkeit erzielen. Darüber hinaus müssen die für die Beratung erforderlichen Fähigkeiten vorhanden sein. Zum Nachweis der Beraterbereitschaft sind der Bewilligungsbehörde (BAFA) eine Beratererklärung, ein Lebenslauf und ein Qualitätsnachweis vorzulegen.

Verfahren

Die Antragstellung erfolgt online z. B. über die Homepage der Förderungsgesellschaft, die als Leitstelle in das Verfahren eingebunden ist. Jungunternehmen und Unternehmen in Schwierigkeiten müssen vor Antragstellung ein kostenloses Informationsgespräch bei einem Regionalpartner führen. Die BDS-Landesverbände Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Hessen sowie der BDS Bayern werden zukünftig als Regionalpartner tätig. Die Liste der weiteren Regionalpartner ist auf unserer Homepage veröffentlicht. Spätestens drei Monate nach dem Gespräch mit dem Regionalpartner muss die Antragstellung bei der Leitstelle erfolgen. Sechs Monate nach Erhalt des Informationsschreibens ist der Verwendungsnachweis bei der Leitstelle über die Antragsplattform einzureichen. Die Leitstelle prüft die eingereichten Unterlagen und leitet diese zur abschließenden Entscheidung an das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle weiter. ■

Einladung zur Ordentlichen Generalversammlung 2016

Der Bund der Selbständigen Baden-Württemberg e.V. lädt seine Mitglieder, ihre Angehörigen und Freunde des selbständigen Mittelstandes herzlich ein zur

LANDESVBANDSTAGUNG 2016
am 24. September 2016 in Laupheim

Wir würden uns sehr freuen, Sie in unserer Mitte begrüßen zu dürfen.

Günther Hieber
Präsident

Joachim W. Dörr
Hauptgeschäftsführer

Samstag, 24. September 2016
Programmfolge

Tagungsort:

Casino der Kurt-Georg-Kiesinger-Kaserne,
Hubschraubergeschwader 64,
Walpertshofer Straße 13, 88471 Laupheim (Kreis Biberach)
Telefon: 07392 / 95-2011

09.00 Uhr
Saalöffnung / Begrüßungskaffee / Begegnung und Information

09.30 – 10.00 Uhr
Vorstellung des Hubschraubergeschwaders 64,
Referent: N.N.

10.00 Uhr
Ordentliche Generalversammlung 2016

Anschließend ca. 13.00 Uhr
Mittagessen / Buffet

Anschließend ca. 14.30 Uhr
Werksbesichtigung bei der Firma Diehl Aircabin
Am Flugplatz, 88471 Laupheim

Die Firma Diehl arbeitet auf dem Gebiet der Luftfahrzeugausrüstung und bietet Systemlösungen und -funktionen rund um die Flugzeugkabine an. Das Unternehmen gestaltet, entwickelt und produziert Kabinenwände und Decken für kommerzielle Flugzeuge, individuell gestaltete VIP-Flugzeugkabinen, Ruhebereiche für Piloten und Flugbegleiter sowie Systeme zur Luftversorgung. Partner sind große Luftfahrzeughersteller, z.B. Airbus. Für die A350 entwickelt und produziert Diehl Aircabin die Innenverkleidung der Kabine, die Klimaverrohrung und die Crew Rest Area. Ein weiteres Geschäftsfeld ist die Herstellung von hochwertigen Kabinenausstattungen und Möbeln für VIP- und Corporate Jets.

Weitere aktuelle Hinweise und die Möglichkeit, sich online anzumelden, finden Sie unter **www.bds-bw.de**

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Präsidenten
2. Grußworte
3. Wahl des Tagungspräsidiums und der Zählkommission
4. Berichte
 - a. des Präsidenten
 - b. des Hauptgeschäftsführers
 - c. des Landesschatzmeisters
 1. Aussprache zu den Berichten
 2. Feststellung der Stimmrechte
 3. Entlastung des Landesvorstandes
8. Wahl der zwei Rechnungsprüfer
9. Anträge
10. BDS-Ideenwettbewerb „Best-Practice-Preisverleihung“
11. Ehrungen
12. Verschiedenes
13. Schlusswort des Präsidenten

Anträge sind bis spätestens 10.09.2016 schriftlich bei der Hauptgeschäftsstelle in Stuttgart einzureichen.

Zur Teilnahme an der Generalversammlung ist jedes Mitglied des Landesverbandes berechtigt.

Stimmrecht haben nur die Delegierten der Mitgliedervereinigung und zwar für angefangene 50 bezahlte Beitragseinheiten 1 Stimme. Stichtag für die Ermittlung des Stimmrechts ist jeweils der 31. Dezember des Vorjahres.

Stimmrecht erhalten nur Delegierte, deren vertretene Mitglieder den Beitrag des Vorjahres bezahlt haben. Die Stimmen einer Mitgliedervereinigung können auf einen Delegierten vereinigt werden. Im Zweifelsfall gilt als Delegierter der Vorsitzende der Mitgliedervereinigung.

Stimmenübertragung von Ortsverbänden untereinander, jedoch nur an Delegierte innerhalb des Kreisverbandes bzw. den Kreisvorsitzenden, ist zulässig. Die Übertragung muss zu Beginn der Generalversammlung schriftlich vorliegen. Ein Ortsverband bzw. der Kreisvorsitzende darf aber höchstens die Delegiertenstimmen von 3 Ortsverbänden vertreten. Für das Stimmrecht der Präsidiumsmitglieder gilt § 10 Nr. 5 entsprechend.

Einzelmitglieder, die keiner Mitgliedervereinigung angehören, erhalten je angefangene 50 Mitglieder eine Delegiertenstimme. Die Wahrnehmung der Delegiertenstimme erfolgt durch die Wahl bei einer Versammlung der Einzelmitglieder, die hiermit für den 24.09.2016, 9.00 Uhr am Veranstaltungsort (Meldung beim Tagungscouter) einberufen wird mit folgender

Tagesordnung:

1. Begrüßung durch Gerd Scheffold im Auftrag des Präsidenten
2. Wahl eines Sprechers und stv. Sprecher für die Gruppe der Einzelmitglieder, der/die entsprechend § 9 Ziffer 3 der LV-Satzung auch Delegierte zur Generalversammlung sind.
3. Verschiedenes

Die Mitglieder des Präsidiums haben je eine Stimme, die nicht übertragbar ist.

Günther Hieber, Präsident

Stellung der Realschule im Koalitionsvertrag

Baden-Württemberg hat gewählt, Rot wurde abgewählt, Grün-Schwarz bildet nun die neue Landesregierung und damit hat die CDU das Kultusministerium zurückbekommen. Veränderungen in der Bildungslandschaft unter Grün-Rot sind inzwischen so fest zementiert, dass diese schon aus Kostengründen nicht rückgängig gemacht werden. Zwar soll es Nachbesserungen geben, jedoch wird die nun folgende Konsolidierungsphase erst an den Tag bringen, was Schüler und Lehrer an den Schulen ausbaden müssen. Das erzeugt neuen politischen Druck.

Die Realschule steht in den öffentlichen Aussagen nicht mehr zur Disposition, die Politik hat erkannt, dass der Mittlere Bildungsabschluss für Baden-Württemberg unverzichtbar ist und räumt der Realschule einen festen Platz ein im Koalitionsvertrag. Viele meinen, die Realschule werde damit deutlich gestärkt. Fakt ist jedoch, dass mit der Schulgesetzänderung noch unter Grün-Rot eine deutliche Schwächung der starken Realschulbildung eingeleitet wurde.

Bereits jetzt ist als Folge ideologisch gesteuerter Bildungspolitik ein deutlicher Anstieg der Heterogenität zu verzeichnen. Vorgaben dahingehend, dass Realschüler und Hauptschüler überwiegend gemeinsam unterrichtet werden müssen, folglich nur noch partiell differenziert gearbeitet werden darf, sowie Wegfall einer Versetzungsentscheidung in Klassenstufe 5 und 6 verändern längerfristig Unterrichtsqualität und Leistungsanforderung.

Inzwischen zeigt sich bereits in der Eingangsstufe Realschule ein breites, zum Teil weit auseinander klaffendes Spektrum an unterschiedlichster Begabung, Befähigung und Sozialkompetenz. LehrerInnen müssen sich also darauf einstellen, dass ein wachsender Prozentsatz von Kindern dem Unterricht auf „M“ bzw. Realschulniveau nur schwer oder gar nicht folgen kann.

Schwammige Begrifflichkeit statt klarer Lernziele, selbstgesteuertes- und selbstver-

antwortliches Lernen im eigenen Tempo prägen das Bild und enthalten vor allem unseren schwachen Schülern wichtige Strukturen beim Lernen vor.

Eine solche Fehlentwicklung gefährdet das bislang weitgehend ausbalancierte System einer Klassen- und Leistungsgemeinschaft, wie es die Realschule bei aller Unterschiedlichkeit in der Begabung bislang ermöglicht hat, einer Gemeinschaft, in der zielorientiertes Arbeiten und Lernen auf hohem und ebenso überdurchschnittlichem Niveau möglich war und Störungen überschaubar blieben. So ist es nicht verwunderlich, dass Schulbildung sich mehr und mehr verabschiedet vom Leistungsgedanken und von qualitätsorientiertem Unterricht mit klar definierten Lern- und Bil-



dungszielen. Individuelle Fördermaßnahmen, welche aufgrund der Gruppenzusammensetzung und Angebotszeitfenster weder individuell noch im zeitlichen Umfang für lernschwache Schüler wirklich ausreichend sind, ersetzen nicht den zum Lernen dringend nötigen Input an Wissen, sowie Erwerb von Kenntnissen und Fähigkeiten.

Zurück bleiben am Ende überforderte SchülerInnen und von der Politik getäuschte Eltern, welche die Hoffnung auf einen höheren Bildungsabschluss für ihr Kind eventuell begraben müssen. Klagen über Bildungsdefizite und mangelnde Ausbildungsreife von Seiten der Ausbildungsbetriebe sind schließlich Folgen einer dermaßen verfehlten Bildungspolitik.

Ergebnisse aus Pisa spiegeln Defizite in der Bildung, welche man unter Grün-Rot mit sogenannter Bildungsgerechtigkeit durch

Gleichmacherei ausgleichen wollte. Das ist nicht zielführend für eine Industrie- und Leistungsgesellschaft mit einem hohen Spezialisierungsgrad. Dringend geboten ist eine klare politische Distanzierung von dieser Ideologie. Der Koalitionsvertrag bedarf hier der Nachbesserung.

Am Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg mit seinem immensen Bedarf an qualifizierten Fachkräften sind durch fehlgeleitete politische Veränderungen inzwischen Weichen gestellt worden zu längerfristiger Niveauabsenkung im Bildungsbereich. Diese gilt es zu korrigieren. Die künftige Stoßrichtung muss sein, alle Anstrengungen zu unternehmen, um eine Niveausteigerung im Bildungssystem zu erreichen. Der Realschule kommt hierbei eine

Schlüsselstellung zu. Realschulbildung deckt bereits aus Tradition ein breites Spektrum ab an gesellschaftlichen Bedarfen sowohl im Hinblick auf die duale Ausbildung als auch auf die Vielzahl beruflicher weiterführender Bildungsgänge und Gymnasien. Ihr Bildungskonzept ist weit entfernt von jeglicher Gleichmacherei, es bietet ein Spektrum an Auf- und Umstiegsoptionen für unterschiedlich Begabte und hat sich stetig weiterentwickelt immer orientiert an gesellschaftlicher Veränderung.

Der Koalitionsvertrag braucht Nachbesserung im Hinblick auf Stärkung der Realschule in Puncto Weiterentwicklung von Realschulbildung und Differenzierung, welche garantiert und ermöglicht werden muss.

Statt struktureller Einschränkungen sollen Unterrichts- und Lernqualität in den Mittelpunkt gerückt werden. Leistung als Unterrichtsprinzip muss wieder einen festen Platz bekommen in der Schulbildung.

Weiterentwicklung muss stattfinden im Hinblick auf den Übergang ins duale Ausbildungssystem oder berufliche Bildungseinrichtungen und Gymnasien. Frühzeitige Kooperation mit betrieblicher Ausbildung sowie weiterführenden Schulen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Ausbildungsreife.

Was fehlt im Koalitionsvertrag ist ein klares Bekenntnis, dass der Mittlere Bildungsabschluss „Realschulabschluss“ in seiner Qualität nur zu halten ist, wenn die Bedingungen dafür stimmen.

Die Realschule in ihrer langen Tradition der Heterogenität hat diese Bedingungen bislang erfüllen können. Unterschiedliche Begabungen prägen seit Jahrzehnten das Bild. Das fortschrittliche Konzept einer Verzahnung theoretischer und praktischer Bildungsinhal-

te bot dafür eine Antwort. Nun, wo durch politisch motivierte anwachsende Heterogenität eine Überforderung von Schülern und Lehrern betrieben und durch unsinnige Knebel im Schulgesetz forciert wird, beginnt eine schleichende Erosion der Realschulbildung und ein gefährlicher Niveauverlust ist die Folge. Stimmt das Verhältnis von Begabung – Nichtbegabung in einer Klasse nicht mehr, weil eine Seite zu viel Gewicht erhält, gerät der Bildungsauftrag der Schule in freien Fall.

Es ist die Herausforderung der vor uns liegenden Legislaturperiode, als Interessenverband sach- und zukunftsorientiert Korrekturen und Nachbesserungen zur Stärkung der Realschule einzufordern. ■

Autorin:

Irmtrud Dethleffs-Niess,
Landesvorsitzende Realschullehrerverband
RLV Baden-Württemberg

Bildungsgerechtigkeit durch Gleichmacherei?

von BDS-Präsident Günther Hieber

Im Artikel zuvor finden Sie eine Stellungnahme der Landesvorsitzenden des Realschullehrerverbandes RLV Baden-Württemberg, Frau Irmtrud Dethleffs-Niess. Im Vorfeld der Landtagswahl in BaWü war die Schulpolitik der damaligen Grün-Roten Koalition Gegenstand des Wahlkampfes. Auch wenn Schulpolitik Ländersache ist, ist die Stellungnahme der Landesvorsitzenden höchst bemerkenswert. Es ist nicht nur die Analyse, wie Realschulpolitik fahrlässig vernachlässigt und benachteiligt wurde, es ist m. E. die Erkenntnis, wie Schulpolitik ideologisch Schultypen übergreifend missbraucht werden kann. Aus diesem Grund sind die pädagogischen Ansätze der Landesvorsitzenden weit über jede Schulart hinaus verallgemeinerungsfähig. Es sind Erkenntnisse, die erschrecken lassen und leider in der Bildungspolitik, gerade bei der Grün-Rot dominierten Ländern, ihren

Niederschlag gefunden haben. Lassen Sie mich einige Schlüsselstellen herausarbeiten. Es ist die Erkenntnis, dass unabhängig von der Begabungsstärke (ich vermeide bewusst das Wort Intelligenz, denn ein Unbegabter muss nicht unintelligent sein) Schulklassen gemixt werden, die die einen SchülerInnen über-, die anderen unterfordern müssen. Frau Dethleffs-Niess subsumiert dies unter dem Begriff der

„Heterogenität“, wonach SchülerInnen überwiegend gemeinsam unterrichtet werden müssen und ein Wegfall einer Versetzungsentscheidung in Klassenstufen 5 und 6 längerfristig Unterrichtsqualität und Leistungsanforderung verändere. Schwammige Begrifflichkeit statt klarer Lernziele... Es verwundere nicht, dass Schulbildung sich mehr und mehr vom Leistungsgedanken und qualitätsorientiertem Unter-

richt mit klar definierten Lern- und Bildungszielen entferne. Bildungsgerechtigkeit durch Gleichmacherei! Zurück blieben am Ende überforderte SchülerInnen und von der Politik getäuschte Eltern. Im BDS beklagen wir seit mehr als 20 Jahren Bildungsdefizite und mangelnde Ausbildungsreife, die Frau Dethleffs-Niess eindeutig auf eine verfehlte Bildungspolitik zurückführt. Die für den Wirtschaftsstandort BaWü gestellten Weichen durch fehlgeleitete politische Veränderungen führten zu längerfristiger Niveauabsenkung im Bildungsbereich. Diese Konsequenz ist leider länderübergreifend (vielleicht mit Ausnahme in Bayern und Sachsen) Fakt. Ich stimme Frau Dethleffs-Niess absolut zu, wenn dies korrigiert werden müsse, damit in Folge eines Missverhältnisses zwischen Begabung – Nichtbegabung in einer Schulklasse der Bildungsauftrag in weiterführenden Schulen nicht in freien Fall gerät. ■

Günther Hieber

ist sowohl Präsident des BDS Baden-Württemberg als auch Präsident des Bundesverbandes der Selbständigen



IMPRESSUM

Der Selbständige

Regionalteil Baden-Württemberg
Präsident: RA Günther Hieber
Hauptgeschäftsführer: RA Joachim W. Dörr
Redaktion: Nadine Münch, Diplom Politik- & Kommunikationswissenschaftlerin
Layout: Joachim Schäfer

Fotos und Grafiken: BDS Baden-Württemberg
BDS Baden-Württemberg e.V., Taubenheimstraße 24, 70372 Stuttgart Bad Cannstatt
Telefon 0711/95 46 68-0
Fax 0711/95 46 68-33
www.bds-bw.de
E-Mail: presse@bds-bw.de

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir keine Gewähr. Die Urheberrechte an Annoncen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos und Vorlagen sowie der gesamten grafischen Gestaltung liegen bei K6 Medien/Alves, Dortmund, und dürfen nur mit ausdrücklicher,

schriftlicher Genehmigung weiterverwendet werden.

Hinweis: In allen Fällen, in denen die neue Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zulässt, wird die von der Dudenredaktion empfohlene Schreibung angewandt.

BDS geht in die Luft

Gigantische Stimmung beim BDS-Barbecue am Adolf Würth Airport

N

hezu 100 BDS-Mitglieder und ihre Freunde haben der BDS-Landesverband, der BDS-Kreisverband Schwäbisch Hall und die Ortsvereine Wallhausen und Schwäbisch Hall am Freitag, 22. Juli 2016, begrüßt. Bei weitgehend strahlendem Sonnenschein, amerikanischen Hamburgern und Schweinehals genossen die Teilnehmer die gelungene Veranstaltung. Auf dem Programm standen neben Segwayfahren,

Rundflügen, Kunstflugdarbietungen auch Führungen hinter die Kulissen des Würth Airports. Weitere Details über den Hangar haben die Gäste - unter ihnen auch Dr. Friedrich Bullinger MdL - von Peter Wohlleben, Geschäftsführer des Airports, erfahren. Die meisten BDSler nutzten die Gelegenheit und gingen tatsächlich mit den Flugzeugen in die Luft, um sich einen herrlichen Überblick über die Region zu

verschaffen. Ein Höhepunkt des Nachmittags war zweifellos die Vorführung, wie ein Flugzeug die Bannerwerbung im Flug vom Boden aufnimmt. Das rundum herausragende BDS-Grillen fand seinen gemütlichen Ausklang zu sehr später Stunde und machte Appetit auf weitere ähnliche Veranstaltungen. ■

Autor:
Otmar de Riz



Impressionen

vom
BDS-Barbecue

Fotos: Claudia Neber, Roland Lorenz und Gerd Frank





v.l.n.r.: Karl Klein MdL;
 Michael Wagenblaß
 2. Vors. Leimen aktiv;
 Martin Zugock, Kälte-Klima;
 Claudia Felden BM;
 Thorsten Laier
 VoBa Kraichgau; Gerhard
 Rückemann; David Rieves,
 Hotel Traube; Doris Rieves;
 Gerd-Peter Gramlich,
 1. Vors. Leimen aktiv;
 Nathalie Müller, Weingut
 Adam Müller; Günther
 Hieber, BDS-Präsident;
 Wolfgang Stern,
 BDS-Vizepräsident;
 Irmgard Schilling, Blumen
 Schilling; Hans Appel,
 Heizung Sanitär;
 Klaus Dechant, Vors. KV RN;
 Hans D. Reinwald OB

Fotos:
 Leimen-Lokal Internetzeitung

Der Name ist Programm

Leimen aktiv im BDS feiert 50-jährigen Geburtstag – Präsident Günther Hieber überbringt Glückwünsche

Stolz und hoch erfreut begrüßte der erste Vorsitzende Gerd Peter Gramlich die anwesenden Gäste – darunter Leimens Oberbürgermeister Hans Reinwald, den Landtagsabgeordneten Karl Klein, Bürgermeisterin Claudia Felden, den BDS-Präsidenten Günther Hieber sowie etwa 50 Gäste aus den Mitgliedsbetrieben – zum Festakt am Freitag, 8. Juli 2016, in der Aegidiushalle in Leimen. Er berichtete von den Anfängen des Vereins, der sich 1966 gegründet hat. „In diesen 50 Jahren hat sich der damalige Gewerbeverein zu einem geachteten Verband entwickelt, der seinen Mitgliedern mit Rat und Tat zur Seite steht und ein kompetenter Ansprechpartner ist!“, betonte Gramlich.

Günther Hieber überbrachte die Glückwünsche des Bundes- und Landesverbandes: „50 Jahre wird Ihr Verein alt, das ist eine stolze Zahl, wir reden hier von einem halben Jahrhundert. Sie haben ja einen sehr kre-

ativen und auffallenden Namen für Ihren Gewerbeverein gewählt. Ich finde das gut und vor allem finde ich toll, dass Sie in Ihrem Verein auch Ihren Namen leben, bei Ihnen ist der Name wirklich auch Programm: Leimen aktiv im BDS.“ Hieber zählte ein extrem farbenfrohes Jahresprogramm des Gewerbevereins auf und schloss sein Lob mit den Worten: „Das Ergebnis Ihrer Bemü-

hungen ist deutlich sichtbar: Mit rund 160 selbständigen Unternehmen aus den Bereichen Dienstleistung, Handel und Handwerk ist der BDS Leimen der mitglieders-tärkste Verein im Rhein-Neckar-Kreis. Ich kann nur sagen: Herzlichen Dank und bitte machen Sie weiter so!“

Anschließend an die Reden überreichte Gerd Gramlich einer ganzen Reihe von Mitgliedsbetrieben, die bereits bei der Gründung des Gewerbevereins 1966 dabei waren, eine Urkunde, um sie für diese zum Teil über Generationen anhaltende Treue zu ehren und ihnen seinen Dank auszusprechen. Die Leimener Ehrenbürger Bruno Sauerzapf und Günther Haritz eröffneten dann das Buffet, das die Gäste auch zu zahlreichen Netzwerkgesprächen nutzten. Die 50-jährige Jubiläumsveranstaltung war ein voller Erfolg. Wir gratulieren an dieser Stelle ebenfalls noch einmal sehr herzlich. ■



v.l.n.r. Andrea Schröder-Ritzrau, SPD-Vorsitzende Rhein-Neckar, Gerd-Peter Gramlich, Vorsitzender Leimen Aktiv im BDS, Günther Hieber, BDS-Präsident



K6 MEDIEN

MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!



📍 Kieferstr. 31, 44225 Dortmund
 ☎️ (0231) 33874133
 📞 (0231) 33896183
 ✉️ info@k6-medien.de

Grafik | Print | Softwarelösungen | Web | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de

BDS-Akademie geht an den Start

Starker Auftakt inmitten von PS-Monstern

Ein wenig Konzentration gehört schon dazu, wenn man sich von den exklusiven Edelkarossen aller Marken mit heißem V-8-Sound, die rund um den Seminarraum zu bewundern sind, nicht ablenken lassen möchte: Am Montagabend, 18. Juli 2016, hat im verglasten Seminarraum der Böblinger MOTORWORLD das erste Seminar der frisch ins Leben gerufenen BDS-Akademie erfolgreich seinen Lauf genommen. Knapp 40 Selbständige lauschten gespannt den Vortragenden nachdem sie bei einer Führung alles über die außergewöhnliche Location erfahren und sich bei leckerem Fingerfood und Getränken gestärkt hatten.

Umgeben von den schnellsten und edelsten Autos, erfuhren die BDSler wie sich die MOTORWORLD von einem Militärflughafen 1915 zu dem entwickelte, was sie heute ist: ein internationaler Szenetreffpunkt mit zu vermietenden Autoglasboxen, Verkaufsfächen für Oldtimer, Highend und Lifestyle sowie ein stark gefragter Veranstaltungsort. In insgesamt 56 Glasboxen, die für mindestens 12 Monate gemietet werden, stehen hier Ferraris, McLarens, Lotus, Porsche und Oldtimer aller Variationen Tür an Tür, die von allen bewundert und von ihren Besitzern rund um die Uhr abgeholt und ausgeführt werden können. „Die Autos rotieren in einer Reihe und von oben nach unten wie in einem Paternoster“, erklärte die Führerin, wie die Besitzer zu ihren Autos kommen, die in Doppelreihen übereinander in den Parkboxen vor sich hin funkeln.

Zwischen diesen Prachtexemplaren begrüßte Günther Hieber, Präsident des BDS Bundes- und Landesverbandes, seine Mitglieder zum Auftaktseminar der BDS-Akademie mit Informationen aus der politischen Arbeit des Verbandes: „Ich hoffe, dass der Schwebezustand der Erbschaftsteuer schnellstmöglich beendet wird. Zu diesem und anderen Themen bin ich mit Carsten Linnemann, Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung, ständig in engem Kontakt.“ Darüber hinaus berichtete er von seinen halbjährlichen Treffen mit Günther Oettinger, in denen Themen der Europapolitik auf der Tagesordnung stünden. Abschließend verwies er auf das 125-jährige Jubiläum des BDS Bundesverbandes, das

dieses Jahr auf dem Bundesverbandstag gefeiert wird.

BDS-Hauptgeschäftsführer Joachim W. Dörr gab einen Einblick in die Arbeit der Strategiekommision und die Entwicklung der BDS-Akademie: „Es geht hier um praxisorientierte Unterstützung für die Vereinsvorstände. Zusätzlich möchten wir Ihre ehrenamtliche Tätigkeit für den BDS vor Ort honorieren und Ihnen wertvolle Impulse für die Weiterentwicklung Ihres Unternehmens bieten!“ Die Veranstaltungen leben vom Themenmix, wir werden durch die Unterschiedlichkeit der Themen die BDS-Akademie interessant halten, so Dörr.

Wie ein Verein neue Mitglieder gewinnen kann, darüber informierte BDS-Mitglied Wolf R. Hirschmann von der Firma Slogan Strategieberatung Marketing & Vertrieb aus Filderstadt. Auf einem Stick erhielten alle Teilnehmer Mustervorlagen zur gezielten und einfachen Kommunikation mit potentiellen Neumitgliedern. „Wir sind nur so gut, wie Sie es da draußen betreiben! Dazu braucht es vor allem den Dialog. Tragen Sie die Botschaft raus: Der BDS ist auf einem Zukunftsweg!“, betonte Hirschmann.

Mit jahrelanger Praxiserfahrung punktete Thomas Oßwald, BDS-Vorstand in Kirchheim unter Teck bei seinen Zuhörern. Aus seinem Vereinsorganigramm wird deutlich, wie sich der Verein mit Doppelspitze und vier Vertretern plus Ersatz geschickt strukturiert hat, um die ehrenamtliche Arbeit auf mehrere Köpfe zu verteilen. „Wir haben außerdem die so genannte Kerngruppenstruktur gegründet. D.h., ich bin ein Handwerker und spreche einen Handwerker-slang. Ein Dienstleister hat andere Ansprüche und spricht eine andere Sprache. Dafür haben wir die verschiedenen Kerngruppen, die den unterschiedlichen Ansprüchen gerecht werden“, erklärte der Schreinermeister und Chef der Schreinerei Leibiger in Kirchheim/Teck und fügte hinzu: „Außerdem können Projektgruppen gegründet werden zu Themen, die die Mitglieder beschäftigen.“ Zahlreiche Fragen zu seinen Erfahrungen und Lösungsvorschlägen zeigten, dass das Thema bei den anderen Teilnehmern auf fruchtbaren Boden fiel.

Zu Guter Letzt erklärte Matthias Alber

von der tempus GmbH in Giengen, dass es durchaus möglich ist, in seinem Geschäftsleben und in seinem Privatleben dauerhaft Ordnung zu halten und damit mehr an Lebensqualität und geschäftlichem Erfolg zu gewinnen. „Kai Zen“ bedeutet auf Japanisch „ständige Verbesserung“, daraus leitet sich die Büro Kaizen® Methode ab, die BDS-Mitglied Matthias Alber den Teilnehmern an diesem Abend näher brachte: „Leertischler sind effizienter als Voltischler“, betonte Alber und fügte hinzu: „Ziel muss es sein, den Schreibtisch nachhaltig aufzuräumen!“

Die Veranstaltung in der MOTORWORLD war die erste Auftaktveranstaltung unter dem Motto „Die effektive und effiziente Führung von Ortsvereinen“ plus Chef-Seminar: „Für immer aufgeräumt, 20 Prozent mehr Effizienz mit Büro-Kaizen®“. Geplant ist, diese Auftaktseminare in verschiedenen Regionen von Baden-Württemberg stattfinden zu lassen. Aktuelle Informationen, Seminarprogramm und -kosten sowie Anmelde-möglichkeit sind unter www.bds-akademie.org zu finden. ■

Terminvorschau:

01. Oktober 2016, 09.30 Uhr, ehemaliger Wasserturm Mannheim Seckenheim

Auftaktseminar der BDS-Akademie in der Region Nordbaden: „Die effektive und effiziente Führung von Ortsvereinen“ plus Unternehmerbonus: „Für immer aufgeräumt, 20% mehr Effizienz mit Büro-Kaizen®“ mit Führung durch das Aufzugsmuseum.

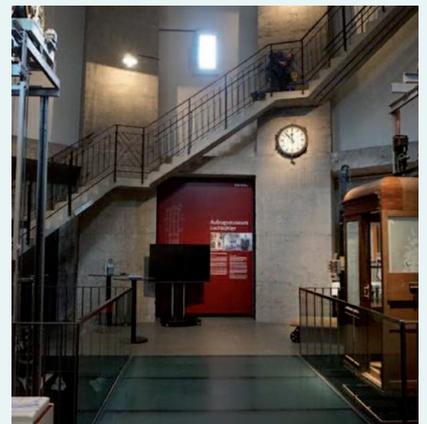


Foto: Harald K. Kunkel

Terminvorschau:

**17. September 2016, 9.30 Uhr,
Parkhotel Stuttgart Messe-Airport, Leinfelden-Echterdingen**

Exklusiv-Seminar: „Die Geheimwaffen effektiver Kommunikation“

Lernen Sie vom deutschen 007, dem Ex-Geheimagenten und Bestsellerautor Leo Martin, wie man Menschen für sich gewinnt und den Einfluss auf andere erhöht. Er erklärt Ihnen den Zugangscodex zum Gegenüber und wie Sie mit der 007-Formel Vertrauen aufbauen können.



Fotos: Joachim Burkhardt, www.jb-photodesign.de

Aktuelle Termine der BDS-Orts- und Kreisverbände

07.09.2016	BDS Besigheim: 18. Unternehmerfrühstück
07.09.2016	BDS Kirchberg/Murr: Kinderferienprogramm bei Fa. Gläser
10.09.2016	GHV Filderstadt-Bernhausen: Familienfest
11.09.2016	GV Illingen: Tagesausflug Wanderung um Schorndorf
11.09.2016	GHV Stuttgart-Feuerbach: Verkaufsoffener Kirbe-Sonntag
13.09.2016	RGV Rheinau: jour fix – für Vorstand, Beiräte, Mitglieder und Gäste
13.09.2016	GV Illingen: 5. Sitzung Vorstand und Ausschuss
13.09.2016	GV Gerabronn: Mitgliederversammlung mit Neuwahlen
14.09.2016	BDS Kirchberg/ Murr: Vorstands- und Ausschusssitzung
15.09.2016	BDS Mannheim-Mitte: Mittagstisch
15.09.2016	GV Illingen: Teilnehmertreffen VK Open
16./17.09.2016	BDS Mudau: 28. Mudauer Laurentiusmarkt
17.-24.09.2016	BDS Besigheim: Faire & Regionale Woche in Besigheim
17./18.09.2016	BDS Böhl-Iggelheim: Leistungsschau
18.09.2016	GV Illingen: Festumzug 1250 Jahre Illingen anschl. gesellige Feier
19.09.2016	BDS Mannheim-Mitte: Jahres-Mitgliederversammlung, Augusta Hotel
20.09.2016	GHV Filderstadt-Bernhausen: Ausschusssitzung
21.09.2016	GV Merdingen: Vorstandssitzung im „Gasthof Keller“
24.09.2016	BDS Balzheim: „Flohmarkt meets Street Food“
28.09.2016	BDS Remseck: BdS-Stammtisch Remseck-Neckarrems
29.09.2016	BDS Stuttgart-Vaihingen-Rohr-Büsnau-Dachswald-Dürrelewang: Vaihinger Wirtschaftsgespräche, Rathaus Vaihingen
30.09.- 03.10.2016	BDS Ludwigsburg: Städtereise Hamburg
01.-03.10.2016	HGV Rosengarten: 25 Jahre HGV Rosengarten
04.10.2016	BDS Bonlanden: Krämermarkt
04.10.2016	BDS Schwäbisch Hall: Highlights-Veranstaltung 2016
06.10.2016	HGV Schlierbach: Stammtisch

Weitere Termine immer aktuell unter www.bds-bw.de/termine

ARBEITEN SIE DOCH, WO SIE WOLLEN.

Überzeugen Sie sich 3 Monate
vom neuen Office 365.



Nutzen Sie das wichtigste Business-Tool Deutschlands – Microsoft Office –, wie Sie es noch nie genutzt haben. Denn Office 365 ist nicht nur immer auf dem neuesten Stand, sondern auf Desktop, Tablet und Smartphone überall nutzbar.

Verbandsmitglieder genießen jetzt Office 365 für 3 Monate kostenlos. Einfach bei der Buchung für Office Business Premium den Aktionscode 31649-2001-GPP6MKS72V622 und für Exchange Online 31649-2101-BERDITFYIYESY eingeben und sofort loslegen. Jetzt buchen unter: www.cloud.telekom.de/software/office-365



ERLEBEN, WAS VERBINDET.

FÜR VERBANDSMITGLIEDER
IN DEN ERSTEN 3 MONATEN
KOSTENLOS*

Aktion gültig bis 31.12.2016 und nur für Verbandsmitglieder. *Pro Nutzer/Monat. In den ersten 3 Monaten entfällt die monatliche Grundgebühr (gültig für max. 10 Lizenzen/Kunde). Mindestvertragslaufzeit Exchange Online: 1 Monat; Mindestvertragslaufzeit Office 365 Business Premium: 12 Monate. Verträge sind zum Ende der Mindestvertragslaufzeit jederzeit kündbar. Erfolgt keine Kündigung, verlängert sich der Vertrag automatisch um die Mindestvertragslaufzeit. Ein Angebot von Telekom Deutschland GmbH, Landgrabenweg 151, 53227 Bonn.

